

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Ernst Waltemathe MdB
sieht nach einer Chile-
Reise die Diktatur Pi-
nochets gefährdet und
erkennt Chancen für eine
neue Demokratie.

Seite 1/2

Alfons Bayerl MdB/MdEP
verurteilt die Ablehnung
eines europäischen Ver-
braucherschutzes durch
Christdemokraten und
Kommunisten im Europäi-
schen Parlament.

Seite 3/4

Alfons Pawelczyk MdB,
Abrüstungsexperte der
SPD-Bundestagsfraktion,
regt weitere Kompromis-
se bei den Wiener MBFR-
Verhandlungen an.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 128

7. Juli 1978

Ist Chiles Militärjunta am Ende?

Chancen für Demokratisierung beträchtlich gestiegen

Von Ernst Waltemathe MdB

Für eine Reise einer dreiköpfigen Delegation der SPD-Bundestagsfraktion nach Chile vom 24.6. bis 1.7. schien der Zeitpunkt richtig gewählt: in Chile haben sich manche Dinge im ersten Halbjahr 1978 gewandelt. Pinochets Junta ist geschwächt. Zwar ist nach den noch geltenden Gesetzen politische Betätigung weiterhin verboten, zwar gibt es noch erhebliche Repression, zwar werden immer noch und immer wieder Menschenrechte verletzt; aber doch überlegen chilenische Politiker verschiedener (verbotener) Parteien schon intensiver, was nach Ablösung der Militärdiktatur zu leisten notwendig und möglich ist.

"Es liegt etwas in der Luft; es wird sich in Kürze einiges ändern", immer wieder war von verschiedensten Seiten und politischen Lagern zu hören, daß Hoffnung besteht, zu rechtsstaatlichen und schließlich demokratischen Verhältnissen zurückkehren. Pinochets Stellung innerhalb der Junta wurde geschwächt, als er aus einer Vier-Mann-Diktatur eine persönliche machen wollte und die Volksbefragung am 4. Januar 1978 veranstaltete. Marine und Luftwaffe kritisierten ihn öffentlich, und auch das Ergebnis der Farce war nicht triumphal.

Als im März 1978 die Umstände der Ermordung des Allende-Außenministers Letelier in den USA durch den chilenischen Geheimdienst "DINA" bekannt wurde, kam das Bewußtsein hoch, in der Welt isoliert zu sein, keine Freunde und Verbündete mehr zu haben. Zu kommunistischen Staaten gibt es keine Beziehungen, die westliche Welt will mit Chile nicht viel zu tun haben, solange dort die Menschenrechte nicht respektiert werden, und mit den unmittelbaren Nachbarn Peru, Bolivien und Argentinien gibt es mehr oder weniger ernsthafte Streitigkeiten.

Die internationale Solidarität, die weltweite Anteilnahme am Hungerstreik der Angehörigen von "Verschwundenen" im Mai/Juni und der Besuch einer ad-hoc-Kommission der Menschenrechtskommission der UNO in der 2. Juli-Hälfte machen den Herrschern zu schaffen. Die Tatsache, daß ein DINA-Mörder an die USA ausgeliefert worden ist, damit ihm der Prozeß gemacht werden kann (was in Chile wegen der Amnestie, die insbesondere die Verbrechen der Geheimdienste schützt und von der Strafverfolgung freistellt, nicht möglich wäre!), vermindert die Lust von Geheimdienstagenten, die Dreckarbeit für die Junta zu machen.

Die spektakuläre Beorderung des US-Botschafters Landau zur Berichterstattung in Washington zu einem Zeitpunkt, als gerade die Organisation Amerikanischer Staaten in den USA tagte, tat ein übriges, um Chiles Machthaber nervös zu machen.

Intern gibt es ebenfalls viele Probleme. Der behauptete wirtschaftliche Aufschwung (Bessere Zahlungs- und Handelsbilanz, Rückführung der Inflationsrate auf geschätzte 30 - 35 Prozent im Jahresschnitt 1978) wird erkaufte zu sozialen Kosten, die die Armen zu tragen haben.

Die soziale Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung zugunsten der Reichen nimmt zu. Gewerkschaftliche Freiheiten gibt es nicht. Die Repression hat in ihrer Brutalität nachgelassen, ist aber selektiver und subtiler geworden. Es "verschwindet" niemand mehr auf Dauer, wohl aber kommen willkürliche Verhaftungen, Verbannungen und zeitweises "Verschwinden" vor.

Es ist nicht nur die Frage, ob Pinochet als Person ausgewechselt wird, aber eine Militärdiktatur verbleibt. Es deuten sich Möglichkeiten an, daß ein Übergang zur Demokratie etwa nach griechischem, spanischem oder portugiesischem Vorbild stattfinden könnte. Jedenfalls gehören solche Möglichkeiten nicht mehr in den Bereich der reinen Spekulation.

Klar dürfte aber auch sein, daß bei einem Weggang der Militärherrschaft nicht die politischen Verhältnisse wiederhergestellt werden können und sollen, die bis zum Putsch am 11.9.1973 gegeben waren. Eine Neuauflage einer Unidad Popular ist höchst unwahrscheinlich. Ohne die Christdemokraten dürfte nichts laufen. Es bemühen sich Teile der Sozialistischen Partei, die Radikale Partei und die Christdemokraten um einen Grundkonsens zur Wiederherstellung der Demokratie und zur Formulierung einer Politik im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich. Angestrebt wird seitens der Christdemokraten eine verfassunggebende Kommission, in der Politiker der Parteien mitarbeiten sollen, um Wahlen vorzubereiten und eine neue Verfassung zu erarbeiten.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet scheint es auch dazu zu kommen, die Dachorganisation neu zu konstruieren. Während die CUT unter starkem parteipolitischen Einfluß stand, soll - jedenfalls nach Ansicht der Gruppe der nicht-marxistischen Gewerkschafter - künftig mehr Wert auf Formulierung eigener Gewerkschaftspolitik gelegt werden, statt der Kungelei von Parteiführern zu stark ausgesetzt zu sein.

Ob Chile nach fünfjähriger Diktatur den Weg zurück zur Demokratie findet, die 160 Jahre lang Tradition in diesem Teil Lateinamerikas war, steht noch nicht fest. Die Chancen sind aber beträchtlich gestiegen.

Solange das Militär herrscht, darf die Bundesrepublik keine wirtschaftliche Hilfe leisten. Sie sollte sich aber für eine großzügige Unterstützung bereithalten, sobald Chile zu rechtsstaatlichen Verhältnissen zurückkehrt. (-/7.7.1978/bgy/hgs)

Schwarzer Tag in Luxemburg

Christdemokraten blockieren europäischen Verbraucherschutz

Von Alfons Bayerl MdB/MdEP

Nach langem Bemühen ist es der unheiligen Allianz von Christdemokraten und Kommunisten im Rechtsausschuß des Europäischen Parlaments doch gelungen, eine Mehrheit gegen die von der EG-Kommission vorgelegte Richtlinie über die Produzentenhaftung zustande zu bringen.

Dies war ein schwarzer Tag nicht nur für die europäischen Verbraucher, sondern auch für die europäische Integrationspolitik. Eine Mehrheit von Christdemokraten, Konservativen, Gaullisten und Liberalen setzten die Haltung der Kommunisten durch, die der Gemeinschaft das Recht absprechen wollen, durch Rechtsangleichung die Verbraucher in der Gemeinschaft wirksam vor Mangel- und Gesundheitsschäden aus fehlerhaften Produkten zu schützen. Mit der Richtlinie soll in allen Mitgliedstaaten einheitlich sichergestellt werden, daß die Produzenten für Personenschäden und für bestimmte Sachschäden, die durch Produktemängel - unter Einschluß der Entwicklungsrisiken - verursacht worden sind, unabhängig von ihrem Verschulden haften, außer dem Endhersteller selbst sollen auch die Hersteller von Bestandteilen sowie Importeure aus Drittländern ersatzpflichtig sein. Dies ist ein in allen Mitgliedstaaten von der Rechtsprechung vorgezeigter Weg.

Wenn es den Christdemokraten in Zusammenarbeit mit den Kommunisten auch im Plenum des Europäischen Parlaments gelingen sollte, den seit langem geforderten Schutz der Verbraucher zu verhindern, dann muß der deutsche Gesetzgeber so rasch wie möglich die Produzentenhaftung zum Schutze der Verbraucher regeln.

Die Christdemokraten haben in der Bundesrepublik unter dem Eindruck der Contergan-Katastrophe an der gesetzlichen Regelung der Produzentenhaftung im Bereich der Phar-

ma-Industrie mitgewirkt. Was hier unausweichlich war, ist auch in anderen Bereichen dringend erforderlich. Der Rückruf z.B. von Automobilen mit schadhafter Lenkung oder von Autoreifen und die Gefährdungen, die von chemischen Erzeugnissen ausgehen können, gebieten die gleiche Regelung wie bei den pharmazeutischen Produkten.

Die Entscheidung von Luxemburg ist gleichzeitig ein Schlag gegen die europäische Integration. Wer der Kommission das Recht abspricht, mit Rechtsangleichung auch eine Politik im Interesse der Verbraucher zu verwirklichen, der will kein Europa der Bürger. Er begnügt sich mit einem Europa des sogenannten "freien Marktes", einem neuen Europa der Konzerne, Banken und Geschäfte.

Dies kann nicht das Europa sein, für das wir bei der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments die Bürger aufrufen, ihre Stimme abzugeben. Wenn die Christdemokraten ihre Unterstützung den Versuchen leihen, gemeinschaftliche Rechtsangleichung auch zugunsten der Verbraucher zu blockieren, dann werden sie erneut unglaubwürdig. Sie entlarven schon jetzt ihre vollmundigen Versprechungen im "politischen Programm der europäischen Volkspartei", sie wollten in der Gemeinschaft die Verbraucher schützen, als verlogene Rattenfänger anlässlich der ersten Direktwahl.

(-/7.7.1978/vs-he/hgs)

+

+

+

Zusätzliche Bindungen erhöhen die Sicherheit

Auch bei der Abrüstung ist der Kompromiß keine Einbahnstraße

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstungsfragen im Deutschen Bundestag

Der Warschauer Pakt hat mit seiner Antwort auf die westliche MBFR-Initiative vom 19. April 1978 auch die Skeptiker davon überzeugt, daß er an Truppen- und Waffenreduzierungen in Mitteleuropa ernsthaft interessiert ist. Diese Antwort ist die wichtigste Konkretisierung des Warschauer Paktes seit 1973, dem Beginn der Wiener Gespräche.

Unser erstes Wort der Bewertung sollte deshalb der Würdigung dieses Fortschritts gelten. Es ist bedauerlich, daß es sich einige Kritiker nicht verkneifen konnten, den Fortschritt kommentarlos einzustecken, dafür sich aber öffentlich ohne Verzug sehr kritisch und negativ mit den Passagen auseinanderzusetzen, die erst bewertet werden können, wenn der Warschauer Pakt Verständigungsfragen beantwortet hat.

Für den Fortgang der Entspannungspolitik, für die Vertrauensbildung zwischen NATO und Warschauer Pakt sind Belastungen oft dadurch eingetreten, daß sich beide Seiten veranlaßt sahen, zunächst die negativen Aspekte eines Angebotes öffentlich zu bewerten. Auf diese Weise wird Verständigung erstickt. Keine Seite vergibt sich etwas, wenn sie das umgekehrte Verfahren praktiziert.

Die Antwort des Warschauer Paktes vom 8. Juni 1978 muß in Verbindung mit dem Breschnew-Besuch in Bonn bewertet werden. Breschnew und Schmidt haben in der "gemeinsamen Deklaration" vom 6. Mai 1978 unter anderem zum Ausdruck gebracht:

"Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen."

Diese verbindliche Verpflichtung zur annähernden Parität für konventionelle Streitkräfte in Mitteleuropa wurde dem Sinne nach in die Antwort des Warschauer Paktes aufgenommen. Damit tritt neben die verabredete Parität zwischen USA und Sowjetunion im Bereich der strategischen Nuklearwaffen die konventionelle Parität in Mittel-

europa, die für die Friedensstabilisierung unverzichtbar ist.

Der Warschauer Pakt kommt uns auch entgegen bei der zweiten Grundforderung der NATO, Reduzierungen nur kollektiv vorzunehmen. Der Kompromiß könnte darin bestehen, daß kollektive Reduzierungen beider Bündnisse akzeptiert werden, wenn gewährleistet ist, daß eine hergestellte gleiche Sicherheit nicht in weiteren Reduzierungsschritten aus dem Gleichgewicht gebracht wird. Das könnte eintreten, wenn Staaten des einen Bündnisses sich mit den qualitativ stärksten Streitkräften in unverhältnismäßig geringem Umfang an der Reduzierung beteiligen zugunsten großer Reduzierungen der schwächer bewerteten.

Bei den Wiener Verhandlungen sind wir einem ersten Abkommen nähergerückt. Es muß jetzt zügig weiterverhandelt werden. Es geht nicht nur darum, die westliche Initiative und die östliche Antwort zu analysieren, es geht auch darum, durch neue politische Weisungen Konsequenzen aus dem beiderseitigen Entgegenkommen zu ziehen.

Es gibt keine Abkommen, bei denen eine Seite sich mit allen Forderungen durchsetzt. Es gibt kein Abkommen, bei dem zusätzliche Bindungen verhindert werden können. Zusätzliche Bindungen beider Seiten sind sogar erwünscht. Sie erhöhen die Sicherheit.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat im Bundestagswahlkampf 1976 eine MBFR-Initiative der Bundesrepublik angekündigt. Sie wurde nach dem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition erarbeitet, von den NATO-Partnern akzeptiert und dem Warschauer Pakt übergeben. Dieser Vorgang war es, der den Warschauer Pakt zu seiner wichtigen Antwort veranlaßte.

Die Probleme der Parität und Kollektivität sind noch nicht gelöst. Der Vorschlag des Warschauer Paktes ist jedoch so formuliert, daß gegenseitige Kompromisse in den Substanzfragen möglich sind. Die Bundesregierung und die sie unterstützenden Koalitionsfraktionen haben jetzt die Pflicht, unnötige Verzögerungen vermeiden zu helfen.

(-/7.7.1978/va-he/hgs)